

Luzerner Kantonsfinanzen – wie weiter?



Guido Müller.

Antizyklisches Verhalten ist eine der vielen Forderungen von linken Politikerinnen und Politikern, um die lahmende Wirtschaft anzukurbeln. Dabei übersehen sie die Fakten der desolaten Finanzsituation des Kantons Luzern. Weil Anfang der 90er-Jahre den vielen Forderungen von linker (und teilweise auch bürgerlichen) Seite nachgegeben wurde, hat sich der Kanton bis über beide Ohren verschuldet. Der stete Staatsausbau hat auch für schwer korrigierbare Folgekosten gesorgt, die den Staatshaushalt nun jährlich belasten. Antizyklisches Verhalten wäre ratsam, aber die dafür erforderlichen Mittel stehen nun nicht mehr zur Disposition. Hätte man vor Jahren die Mittel zur Senkung der Steuern statt zum Ausbau der staatlichen Leistungen eingesetzt, würden wir heute über mehr Handlungsspielraum verfügen. Damals war für die Linken antizyklisches Verhalten aber leider noch ein Fremdwort. Die Schuldenlast des Kantons Luzern betrug per 1. Januar 2004 1,12 Milliarden Franken. Dadurch müssen für den Schuldendienst, ohne Berücksichtigung der Strassenschuld, jährlich über 120 Mio. oder 15 % des Nettoertrages der Staatssteuern eingesetzt werden.

Zur Finanzplanung 2005 bis 2009

Der in der letzten Grossratssession behandelte Integrierte Finanz- und Aufgabenplan (IFAP), widerspiegelt das düstere Bild der finanzpolitischen Zukunft des Kantons Luzern. Das Entschuldungsziel kann wiederum nicht eingehalten werden, im Gegenteil, die Schulden werden weiter zunehmen.

Die laufenden Rechnungen schliessen in den Jahren 2005 bis 2009 jeweils mit einem Aufwandüberschuss zwischen 38 und 15,2 Mio. Fr. ab.

Aus der Gesamtrechnung resultieren dann in den Jahren 2006 bis 2009 Finanzierungsfehlbeträge von 35,1; 43,6; 25,5 und 18,9 Mio. Franken. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt nur 83,8 % und liegt somit markant unter der Zielsetzung des Finanzleitbildes mit der Vorgabe von mindestens 100 %.

Wenn wir nicht einschneidende Massnahmen ergreifen, wird die Verschuldung weiter zunehmen. Bei ansteigenden Zinsen, die für die nächsten Jahre wohl absehbar sind, werden durch den Schuldendienst weitere dringend benötigte Mittel gebunden. Es besteht Handlungsbedarf!

Der Grosse Rat nahm auf Antrag der Planungs- und Finanzkommission eine genauere Zieldefinition vor. **Die folgenden zusätzlichen Auflagen sind einzuhalten:**

1. Der Voranschlag 2006 muss mindestens ausgeglichen gestaltet sein.
2. Das Projekt «Reform '06» mit Wirkung ab 2007 ist zwingend umzusetzen.
3. Ab 2006 ist für die kommenden vier Jahre ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 % zwingend.
4. Die Steuerbelastung der natürlichen Personen ist weiterhin dem Durchschnitt der übrigen Kantone anzunähern.

Wie weiter?

Die Regierung entschied, das Projekt «Reform '06» einzuleiten mit dem klaren Auftrag: Die Leistungen des Kantons Luzern den heutigen und künftigen Bedürfnissen der Bevölkerung anzupassen und mit seinen finanziellen Möglichkeiten in Einklang zu bringen.

Dieses Vorgehen, das für jeden Unternehmer zum täglichen Brot gehört, soll für eine nachhaltige Entwicklung sorgen. Herkömmliche Sparpakete reichen nicht mehr aus. Der Luzerner Staatshaushalt lässt sich nur dauerhaft ins Lot bringen, wenn die Leistungen des Staates laufend hinterfragt und überprüft werden. Ein Unternehmer erneuert auch nicht jährlich die Vollkasko-Versicherung für sein 10-jähriges Firmenfahrzeug ohne eine laufende Kosten-Nutzen-Überprüfung.

Steuererhöhungen im Umfeld der steuergünstigsten Kantone Zug, Schwyz und Nidwalden wären der falsche Weg. Der Kanton Luzern muss für seine Bürgerinnen und Bürger und im Standortwettbewerb attraktiv bleiben. Eine moderate und verkraftbare Steuersenkungspolitik ist weiterzuführen.

Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat muss geschlossen hinter den vorgesehenen Massnahmen der Regierung stehen. Dabei gilt es primär sich einzuschränken und auch für unliebsame Sparmassnahmen, welche die «eigene Kundenschaft» betreffen, einzustehen.

Nur ein finanziell gesunder Staat ist ein starker und sozialer Staat. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Es wäre ungerecht, den kommenden Generation diese Last weiterzugeben. – Es gibt viel zu tun, packen wir es an! ■

Guido Müller, Grossrat SVP, Honau
Mitglied Zentralvorstand KGL
Präsident der PFK des Grossen Rates